



## I.Öffentlicher Teil:

### **Zu TOP 1      Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Die Tagesordnung wurde ordnungsgemäß zugestellt. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

**zugestimmt**

### **Zu TOP 2      Bestätigung der Tagesordnung**

Frau Hilschenz beantragt die Vorverlegung des Antrages 12/B90/Grüne/2021 „Gründung eines Mobilitätsbeirates“ auf den TOP 11, sodass alle Anträge hintereinander behandelt werden.

Der Änderung wird zugestimmt und die Tagesordnung wird bestätigt.

**zugestimmt**

### **Zu TOP 3      Bestätigung der Protokolle der Sitzungen vom 18.02.2021 und 04.03.2021**

Die Protokolle werden bestätigt.

**zugestimmt**

### **Zu TOP 4      Information zur Afrikanischen Schweinepest VA: Dezernat IV**

Frau Senger, Amtsleiterin des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes, stellt den aktuellen Sachstand im Landkreis Oder-Spree dar.

- 540 positive Fälle (Stand 29.04.2021)
- 6 Verdachtsfälle (Stand 29.04.2021)
- Aktuell gibt es vier Schwerpunktregionen im Landkreis
  - Inselfriedhof in Fürstenberg (Eisenhüttenstadt)
  - Schlaubetal (nördlich von Mixdorf entlang der Schlaube)
  - Oelsetal (Kerngebiet 3)
  - südliche Region des LOS - Kreisgrenze zu LDS
- täglich 20-50 Entnahmen in der weißen Zone und den Kerngebieten
- Zaunkulisse wurde im Süden fertiggestellt
- ca.300 km Festzaun
- ca. 150 km vorläufige Zäune (Elektro-/Bauzäune)
- Rückbau von Segmentzäunen erfolgt als erstes, sobald sich die Population deutlich absenkt und es keine neuen Funde gibt
- es besteht die Notwendigkeit einer Westsicherung zur Verhinderung der Ausbreitung des Geschehens südlich von Frankfurt (Oder)
- nördlich von Frankfurt (Oder) gab es ca. 50 Funde im Schilfgürtel
- das Seuchengeschehen hat sich in die westliche Richtung ausgebreitet

**zur Kenntnis genommen**

**Zu TOP 5 Information zum Stand Ansiedlung TESLA  
VA: Herr Gehm - Dezernat III**

Herr Gehm gibt eine kurze Übersicht zum aktuellen Stand der Tesla-Ansiedlung:

- die Antragsunterlagen zum immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren werden ein weiteres Mal ausgelegt (Gewährleistung der Rechtssicherheit und Transparenz)
- neu in den Antragunterlagen wird u. a. der Bau der Batteriefabrik sein
- die Deckenerneuerung der L38 hat begonnen
- die Verbreiterung der L38 ist eine separate Maßnahme und wird voraussichtlich Ende 2021 starten
- zur temporären Auf- und Abfahrt der Autobahn wurden bereits Rampen direkt am Straßenkörper errichtet
- die Zufahrt und der erforderliche Kreisverkehr konnten derzeit nicht errichtet werden, da dort vorher Reptilien abgesammelt werden müssen

Herr Dr. Pech:

Wer ist für die Entwicklung, Einhaltung und Kontrolle des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzes auf der Baustelle verantwortlich? Welche Feststellungen gibt es amtlicherseits?

Laut der Presse sind viele Arbeiter in Mittenweide untergebracht. Welche Behörde erfasst die eventuell auftretenden Coronafälle?

Herr Gehm:

Für den Arbeitsschutz ist das Landesamt für Arbeitsschutz bzw. das jeweilige Ministerium zuständig.

Infektionsfälle werden nach dem Wohnortprinzip erfasst, nachverfolgt und an die zuständigen Gesundheitsämter übermittelt. Es gibt einen engen grenzübergreifenden Austausch der Gesundheitsämter. Da es auf der Baustelle viele Pendler gibt, werden Personen, die nicht im LOS wohnen, nicht in die Inzidenz einberechnet.

***zur Kenntnis genommen***

**Zu TOP 6 Information zum Radwegekonzept TESLA  
VA: Herr Gehm - Dezernat III**

Herr Gehm stellt anhand einer Präsentation einen Zwischenstand zum Radwegekonzept Tesla vor. Dabei geht Herr Gehm genauer auf die Analyse, die Zeitschienen und die nächsten Schritte ein. Derzeit gibt es durch die allgemeine Lage gute Möglichkeiten Fördermittel für Radwege zu akquirieren.

*(siehe Präsentation)*

Anmerkung Herr Schneider:

Der Weg durch den Wald vom Bahnhof Fangschleuse sollte nicht über den Kreisel führen. Das würde die Toleranzgrenze von Radfahrern überschreiten. Wenn der Weg kurzgehalten wird, so könnte dieser nicht nur für Radfahrer, sondern auch für Fußgänger attraktiv werden.

Eine gute Idee ist es den Alten Postweg zu nutzen. Dieser sollte nicht als Sackgasse auf dem Teslagelände enden und so exklusiv für das Unternehmen zur Verfügung stehen, sondern durch das GVZ führen. So könnte dieser Weg auch außerhalb der Schichtwechselzeiten durch andere Personengruppen genutzt werden.

Die Brücke über die L38 wäre unverzichtbar um die Gefahr des Straßenwechsels zu senken.

***zur Kenntnis genommen***

**Zu TOP 7 Information zum Sachstand Entschädigung der Landwirte  
VA: Dezernat IV**

Herr Piefel informiert kurz zum Sachstand Entschädigungen der Landwirte:

- **Anträge Gesamt:** **70 Anträge**
  - Verteilung auf Bereiche:

|                          |            |
|--------------------------|------------|
| Landwirtschaft           | 20 Anträge |
| Forstwirtschaft          | 8 Anträge  |
| Jagdausübungsberechtigte | 40 Anträge |
| Sonstiges                | 2 Anträge  |
  
- **Antragssumme Gesamt** **ca. 1.035.000 €**
  - davon bewilligte Antragssumme Gesamt ca. 616.000 €
    - davon: Landwirtschaft 400.000 €
    - Forstwirtschaft 150.000 €
    - Jagdausübungsberechtigte 38.000 €

Ergänzung von Herrn Buhrke:

Die Rechtsbehelfsfrist von einem Monat muss abgewartet werden. In dieser Zeit kann ein Widerspruch eingereicht werden. Der Antragsteller/Bescheidempfänger kann durch einen Rechtsmittelverzicht diese Frist verkürzen. Eine Auszahlung erfolgt in diesem Fall, sobald der Rechtsbehelfsverzicht in der Behörde eingegangen ist.

Frage Herr Diepold:

Aus welchem Grund konnten bisher nicht alle Anträge bewilligt werden?

Antwort Herr Piefel:

Es wurde mit Teilbewilligungen gearbeitet. Unstrittige Positionen wurden schnellstmöglich bearbeitet. Die strittigen Positionen wurden zur weiteren Klärung an das Ministerium herangetragen und befinden sich derzeit noch in Klärung.

***zur Kenntnis genommen***

**Zu TOP 8 Beratung: Bestätigung des aufgestellten Nahverkehrsplanes für den übrigen kommunalen ÖPNV des Landkreises Oder-Spree für den Zeitraum 2021 – 2025 einschließlich der Anlagen.  
Vorlage: 012/2021**

Herr Buhrke führt kurz in die Thematik ein. Der Tagesordnungspunkt wurde im letzten Kreis-ausschuss zur umfänglichen Diskussion in alle Ausschüsse zurückverwiesen. Herr Dr. Günzel fasst in Kurzform die Schwerpunkte zur Nahverkehrsplanung zusammen.

*(siehe Präsentation)*

In der Zwischenzeit gab es eine Beratung zum Mobilitätskonzept mit dem Fachbüro. Dieses benötigt zur Erstellung des Mobilitätskonzeptes den Nahverkehrsplan um eine Verzahnung beider Konzepte zu gewährleisten. Zur Öffentlichkeitsbeteiligung wurde eine Sitzung in Form einer Unterarbeitsgruppe 1 (der AG Ländlichen Entwicklung) durchgeführt, an der Bürger, verschiedene Beiräte, Schüler u. a. teilnahmen.

Anmerkung Herr Dr. Pech:

Herr Dr. Pech stellt vier grundsätzliche Punkte seiner Fraktion vor. Eine Auflistung aller wichtigen Sachverhalte erfolgte bereits schriftlich in vorherigen Sitzungen.

- Die Vor- und Nachteile einer Rekommunalisierung sollten untersucht und dem Kreistag bis Ende 2021 vorgestellt werden.
- In vielen Einwänden wurden die Mindeststandards vorgetragen. Für den Kreistag ist es aber auch wichtig, Mindestanforderung, für beispielsweise den Schülerverkehr (z. B. Einwändung des Elternbeirates aus Fürstenwalde), zu kennen um zukunftsorientiert handeln zu können. Eine Fortschreibung des Konzeptes ist dabei nicht zielführend.
- Es ist eine Bedarfsanalyse durchzuführen. Eine Fortschreibung auf Basis der Daten von 2010 ist nicht sinnvoll.
- Es ist unbedingt erforderlich, dass nach der Erarbeitung des Mobilitätskonzeptes, jedoch spätestens in zwei Jahren, eine Evaluierung des vorliegenden Nahverkehrsplanes erfolgt.

Antwort Herr Buhrke:

Jeder Plan ist zukunftsorientiert und bedarf einer Anpassung. So auch im Bezug auf die Entwicklung der Technologien und der eventuellen Verschärfung der CVD-Richtlinie. Bei einer Rechtsformänderung darf nicht nur eine Gesellschaft bevorzugt werden. Man muss eine Abgrenzung zu anderen Verkehrsgesellschaften begründen. Die ist aber nicht die Aufgabe eines Gutachters. Der Umgang mit Ausschreibungen ist durch europäische Vergaberechtsbestimmungen geregelt und so muss auch die Verwaltung auf wirtschaftliche Verfahren Wert legen. Fragen von Schülern und Eltern wurden auf den geltenden Bestimmungen aufgegriffen. Diese Bestimmungen beruhen auf Beförderungsbedingungen die sich u. a. aus den Satzungen, z. B. Schülerbeförderungssatzung, des Kreistages zusammensetzen. So müssten diese Grundlagen ebenfalls angepasst werden. Der NVP ist notwendig um die Behindertengerechtigkeit zu gewährleisten und dem steigenden Druck aus Berlin standhalten zu können.

### **Mehrheitlich zugestimmt**

*Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0*

## **Zu TOP 9      Hauptamtliche Unterstützung für Ehrenamtliche - Engagement-Stützpunkt Oder-Spree als Anlauf- und Beratungsstelle erhalten Vorlage: 021/2021**

Herr Kühne stellt kurz den Sachstand zur o.g. Beschlussvorlage vor.

Bei der Leitzielentwicklung des Landkreises Oder-Spree wurde die Förderung des Ehrenamtes als ein inhaltlicher Schwerpunkt bestimmt. Als Ergebnis einer UAG zum Thema Ehrenamt wurde eine Rechtsberatung für Ehrenamtliche und die Etablierung einer entsprechenden Struktur beim Landkreis als notwendig angesehen.

Der Engagement-Stützpunkt stellt keine Doppelstruktur da, sondern ist eine Ergänzung der Ehrenamtsförderstrukturen die der Landkreis aufgebaut hat. Es gibt im Bereich Soziales eine Förderung der Ehrenamtszentralen (Beeskow, Eisenhüttenstadt, Erkner, Fürstenwalde) des Landkreises. Diese wirken sehr lokal, führen kleine Projekte aus und sind Ansprechpartner für Vereine und ehrenamtlich Tätige. Ebenfalls gibt es eine Förderung im Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration. Hierbei liegt der Fokus auf der Integration und der Arbeit mit zugewanderten.

Der Engagement-Stützpunkt Oder-Spree arbeitet dagegen Themen offen und Projektbezogen, er ist in sämtlichen Bereichen der Daseinsvorsorge tätig und wurde dort stark gefordert. Im Vergleich zu den Ehrenamtszentralen wirkt der Engagement-Stützpunkt nicht nur in den Mittelzentren, sondern auch stark im ländlichen Raum und schließt somit Lücken in der Ehrenamtsförde-

rung. Ein Arbeitsschwerpunkt ist die Fördermittelakquise. Hier wird vor allem eine Struktur benötigt um die Fördermittelmöglichkeiten der Bundesstiftung für Engagement nutzen zu können.

Anmerkung Herr Diepold:

Auf Wunsch einiger Abgeordneter zur Unterstützung von Ehrenamtlichen wurde vom Engagement-Stützpunkt Informationsmaterial zum Ehrenamt nach Eisenhüttenstadt übermittelt. Dies kann gerne allen Fraktionen weitergeleitet werden.

Herr Diepold leitet die Abstimmung ein.

**Mehrheitlich zugestimmt**

*Ja 7 Nein 1 Enthaltung 0*

**Zu TOP 10      Abbau Stacheldrahtzäune**  
**Vorlage: 11/AfD/2021**

Herr Diepold erklärt allen Anwesenden kurz, dass es sich bei dem Antrag um alte Stacheldrahtzäune handelt die in den Wäldern entsorgt wurden.

Der Vorsitzende übergibt Herrn Piefel das Wort.

Herr Piefel merkt an, dass sich die meisten Zaunrückstände im Wald befinden. Verantwortlich ist dafür der entsprechende Grundstücksbesitzer. Es ist notwendig, dass die Finder eine Anzeige bei der unteren Forstbehörde aufgeben. Der Landkreis Oder-Spree kann lediglich Anzeigen aufnehmen und diese weiter an die zuständige untere Forstbehörde weiterleiten.

Da der Landkreis Oder-Spree in diesem Fall nicht zuständig ist, wird der Antrag durch die Fraktion zurückgezogen.

**zurückgezogen**

**Zu TOP 11      Gründung eines Mobilitätsbeirates**  
**Vorlage: 12/B90/Grüne/2021**

Frau Hilschenz stellt die o.g. Beschlussvorlage kurz vor.

Der Mobilitätsbeirat soll die verschiedenen Interessengruppen zusammenbringen. In anderen Landkreisen haben sich Mobilitätsbeiräte bereits bewährt und so wirken diese aktiv an der Gestaltung der Nahverkehrspläne mit. Das Ziel soll sein, dass der Beirat frühzeitig über geplante Maßnahmen informiert wird (z. B. Mobilitätskonzept). Der Mobilitätsbeirat könnte als Bindeglied zwischen den Kommunen und dem Verkehrsverbund dienen. Dieser könnte ebenfalls Qualitäts- und Imageverbesserung des Nahverkehrs hervorrufen. Der Mobilitätsbeirat soll auch nach der Erstellung des Mobilitätskonzeptes weiterhin aktiv sein und als Ansprechpartner für alle Bürger zur Verfügung stehen.

Herr Kühne rät von einer zu eiligen Gründung eines Mobilitätsbeirates ab. Im Rahmen der Erstellung des Mobilitätskonzeptes sind bereits 10 Workshops (davon 4 Planungsworkshops), die Regional verteilt stattfinden sollen, eingeplant. Dafür eignet sich die Einberufung der UAG1, da es keinen formalisierten Einladungskreis gibt, sondern dieser für alle Interessierten offensteht. Herr Kühne schlägt vor, dass man für die Dauer der Erstellung eines Mobilitätskonzeptes, auf einen Mobilitätsbeirat verzichtet. Es wird davon ausgegangen, dass sich im Laufe der Zeit ein fester Kreis an Teilnehmern herausbilden, der sich als Beirat etablieren könnte.

Anmerkung Herr Schneider:

Workshops und UAG's bieten durch offene Strukturen allen Interessenten die Möglichkeit zur Beteiligung und gestalten die Mitarbeit attraktiver in dem projektbezogen über einen bestimmten Zeitraum mitagiert werden kann. Diese Möglichkeit kann ein Beirat nicht bieten.

Der Vorschlag von Herrn Kühne wird bevorzugt.

Herr Diepold leitet die Abstimmung ein.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Ja 4 Nein 3 Enthaltung 1*

**Zu TOP 12      Vorschlag für die Entwicklung der kreiseigenen Nachhaltigkeitsstrategie**

**VA: Frau Dr. Schleicher - Klimaschutzbeauftragte**

Frau Dr. Schleicher informiert zur Schnittstelle zwischen dem Klimaschutz und der Nachhaltigkeitskriterien.

Derzeit wird an der Entwicklung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes gearbeitet. Bis Juni 2021 wird durch die Unterstützung eines externen Büros eine Energie- und Treibhausgasbilanz und die verschiedenen Potenziale und Szenarien die es zur Entwicklung im gesamten Landkreis gibt, erstellt. Anfang 2022 geht es in die Umsetzung und für den Frühling/Sommer 2022 wird die Fertigstellung des Klimaschutzkonzeptes angestrebt und dem Kreistag vorgelegt. Bereiche wie klimafreundliche Kreisverwaltung, die Beratung und Förderung vom Klimaschutz im Landkreis und die Beteiligung und Sensibilisierung der Bürger für den Klimaschutz sind Nachhaltigkeitskriterien die sich mit dem Klimaschutz überschneiden. Dies wird anhand der anliegenden Präsentation genauer erläutert.

***zur Kenntnis genommen***

**Zu TOP 13      Information zur Klimaschutzaktion Stadtradeln**

**VA: Frau Dr. Schleicher - Klimaschutzbeauftragte**

Frau Dr. Schleicher informiert kurz zur Aktion Stadtradeln. Dazu erhalten alle Mitglieder Informationsmaterial, zum weiterleiten an alle Fraktionsmitglieder und interessierter Bürger, per E-Mail. (siehe Anlage 1)

***zur Kenntnis genommen***

**Zu TOP 14      Sonstiges**

Es gibt keine weiteren Informationen.

***zur Kenntnis genommen***

gez.

Maik Diepold  
Vorsitzender des  
Ausschusses für  
Ländliche Entwicklung  
und Kreisentwicklung

gez.

Gundula Teltewskaja  
Beigeordnete für  
Ländliche Entwicklung

gez.

Polina Poluektova  
Schriftführerin